

19. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion Die Linke

Mehr Steuerung bei der Ausstattung mit Lehrkräften!

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat muss seiner Verantwortung für gleichwertige Bildungschancen in allen Berliner Bezirken endlich gerecht werden und bei der Ausstattung der Schulen mit grundständig ausgebildeten Lehrkräften eine steuernde Rolle wahrnehmen.

Insbesondere hat er schnellstmöglich zu veranlassen, dass

- das Castingverfahren für die Einstellung von Lehrkräften abgeschafft und ein zentrales Einstellungsverfahren aufgebaut wird;
- Steuerungsmechanismen derart geschaffen werden, dass ausgebildete Lehrkräfte vorrangig in den Schulen mit dem größten Personalmangel eingestellt werden.

Dem Abgeordnetenhaus ist zum 1. September 2024 zu berichten.

Begründung

Der Lehrkräftemangel an Berliner Schulen ist seit Jahren virulent. Er verteilt sich dabei sehr unterschiedlich auf die Bezirke, aber auch auf einzelne Schulformen. Diese Unterschiede betreffen sowohl die Personalausstattung insgesamt (vgl. RN 0648 B vom 31.10.2023, Anlage 1 sowie Drs. 19/17093), verschärfen sich aber beim Blick auf die Ausstattung mit grundständig qualifizierten Lehrkräften. In Marzahn-Hellersdorf beispielsweise gibt es laut Presseberichten Schulen, an denen nur noch 20 bis 40 Prozent der Lehrkräfte über eine grundständige Ausbildung verfügen (vgl. „Nur noch ein Fünftel gelernte Lehrer“, in: Tagesspiegel vom 4.3.2024). Ähnlich sieht die Situation in anderen Außenbezirken sowie in armutsbelasteten Kiezen im

Innenstadtbereich aus. Die Folge: Der Unterricht ist nicht mehr an allen Schulen abgesichert, v a. bei Teilungsunterricht, Inklusion und Sprachförderung werden massive Abstriche gemacht.

Dennoch bestand eine der ersten Amtshandlungen der neuen CDU-Hausspitze im vergangenen Jahr darin, das Mindestmaß an Steuerung, das unter ihrer Vorgängerin etabliert worden war, abzuschaffen und stattdessen wieder auf das Prinzip Hoffnung zu setzen – mit verheerendem Ergebnis: Offiziell sind im laufenden Schuljahr zwar „nur“ noch 716 Vollzeitstellen unbesetzt. Tatsächlich kommt diese Zahl aber nur dadurch zu Stande, dass auch Lehrkräftestellen, die mit Studierenden, mit sogenannten „Lehrkräften ohne volle Lehrbefähigung“ oder Vertreter*innen anderer Professionen besetzt sind, als besetzte Stellen gewertet werden (vgl. Drs. 19/17093 sowie Drs. 19/17092). Faktisch fehlen also auch jetzt weit über 1.000 Lehrkräfte.

Das Ergebnis dieser seit Jahren katastrophalen Situation: Die Bildungschancen der Berliner Schüler*innen hängen maßgeblich davon ab, welche Schule sie besuchen und in welchem Bezirk bzw. Kiez diese liegt. Zudem nimmt die Belastung des pädagogischen Personals im Bestand stetig zu. Das wiederum führt dazu, dass die Anzahl an Kündigungen und Vertragsauflösungen insbesondere in den mittleren Altersgruppen seit Jahren zunimmt (vgl. Drs. 19/15709 sowie Drs. 19/18301) ebenso wie der Anteil der Teilzeitbeschäftigten: Im laufenden Schuljahr arbeiten 41,8 % der Berliner Lehrkräfte in Teilzeit, im Schuljahr 2019/20 waren es noch 32,8 % (vgl. Blickpunkt Schule 2023/24, S. 50). Dennoch waren in Bezug auf das bevorstehende Schuljahr 2024/25 von der zuständigen Senatorin bisher nicht mehr als vage Ankündigungen zum Thema Steuerung zu hören.

Gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Bezirken bedeuten jedoch, dass Kinder in Marzahn-Hellersdorf oder Spandau genauso die Chance haben müssen von gut qualifiziertem Personal unterrichtet zu werden wie in den Innenstadt-Bezirken. Eine gerechte Verteilung des pädagogischen Personals ist deshalb zwingend notwendig, damit die Schüler*innen die Bildung erhalten, die ihnen zusteht – unabhängig davon in welchem Bezirk oder Kiez ihre Schule liegt. Dieser Verantwortung muss der Senat endlich gerecht werden.

Berlin, den 23.04.2024

Helm Schatz Brychcy
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Die Linke